

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

236 (8.10.1896) I. Blatt

Badische Landeszeitung.

Ausgabe:
Wöchentlich zweifach mal.
Abonnementpreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch den Agenten
bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Postgebühr 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Postgebühren:
Die Postgebühren für
den Reichsboten 20 Pf.
im Reichsboten 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte geliebene Ein-
sendungen werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Honorar-Ansprüche nicht
Berücksichtigung finden.

Redaktion und Expedition: Hirschstraße 9.

Telephonamt Nr. 401.

Nr. 236. I. Blatt.

Karlsruhe, Donnerstag, den 8. Oktober

1896

Bestellungen

Auf das 4. Quartal der „Badischen Landeszeitung“ werden noch fortwährend bei allen Postanstalten und Postboten, sowie in Karlsruhe bei unseren Agenturen, von unseren Trägerinnen und in unserem Kontor (Hirschstraße 9a) entgegengenommen.

Die seit 1. Oktober erschienenen Nummern werden auf Wunsch nachgeliefert, soweit der Vorrat reicht; wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß der Wunsch bezüglich der Nachlieferung auch bei Post-Abonnements ausdrücklich ausgeprochen werden muß, widrigenfalls die Post nur vom Tage der Bestellung an liefert.

Der Bestellungspreis beträgt für Karlsruhe vierteljährlich, durch eine Agentur bezogen: 2 M. 50 Pf., in das Haus gebracht 2 M. 80 Pf., durch die Post (ohne Zustellgeb.) 2 M. 50 Pf. bei Vorauszahlung.

Verlag der Bad. Landesztg.

Vom nationalliberalen Delegiertentag.

Die Beratung des dritten Tages begann mit der 5. Resolution, zu deren Referent Prof. Friedberg bestellt war. Er führte aus, daß heute der Mann an der Spitze des Reiches stehe, der einstens das Signal zum Kulturkampf gegeben. Fürst Hohenlohe habe zuerst als bayerischer Ministerpräsident auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die aus der Annahme der Infallibilität für den Staat erwachsen müßten. Leider habe man ihn nicht gehört. Das Centrum sei nun heute ein bedeutender Faktor in unserem öffentlichen Leben geworden. Die Zerplitterung der liberalen Parteien, die Nichtunterstützung der Reichspolitik durch die Radikalen habe diesen Zustand herbeigeführt. Die Kulturkampfgesetzgebung sei allmählich abgebrochen, diesem Prozeß habe unsere Partei den heftigsten Widerstand geleistet. Sie habe Recht, denn der Friede wurde nicht hergestellt, die Verantwortlichkeit des Ultramontanismus ist nur gemindert. Wir wollen in Zukunft auch allen Konzeptionen entgegenzutreten, der Regierung zurufen: Bis hierher und nicht weiter! Wirkliche Verbesserungen habe übrigens das Centrum nicht mehr, deshalb suche es nach Objekten, so klage es immer heftiger über die angebliche Verletzung der Parität. Man sei bei einem letzten Angriff auf die Staatsgewalt erwiesen, daß in Preußen seit 1823 die evangelische Kirche 1/4 Milliarde weniger bekommen habe, als die katholische. Das Verlangen, bei Anstellung der Beamten nach der Konfession zu fragen, sei unberechtigt und für den Staat unerfüllbar. Man würde die Staatsverwaltung auflösen und unter die Kontrolle der Kirche stellen. Der Staat habe keine Konfession. Er habe lediglich zu fragen, ob der Mann zu seinem Amte taugte, nicht was er glaube. Schon erhebe das Centrum auch die Forderung, daß man prüfen müsse, nicht bloß ob ein Kandidat eines Amtes katholisch, sondern ob er rechter Katholik sei. Damit werde aber ein untraglicher Glaubenszwang geübt. Ein Schulgesetz für Preußen eine Notwendigkeit, aber eines, das die Konfessionalität des früheren Entwurfs vermeide und bewirke, daß der Staat Herr in der Schule bleibe.

Meper-Heidelberg führt aus, daß diese Resolution für uns in Baden die größte Bedeutung habe. Wir haben den Kampf gegen den Ultramontanismus vor allen anderen Ländern aufgenommen, wir haben dort das Kontorbat und damit die Kontorbatpolitik auch für andere Bundesstaaten zu Fall gebracht. Durch das große Verdienst des jüngst verstorbenen Ramey sei zuerst eine gezielte Abgrenzung zwischen Staat und Kirche durchgeführt worden. Wir wollen sie erhalten, darauf bedacht sein, daß die ultramontane Mischheit nicht zu stande kommt, wir zählen eine große Zahl badischer Katholiken zu unseren Anhängern. Wir legen aber ein großes Gewicht darauf, daß ausgesprochen wird, wir wollen keine Zugeständnisse an den Ultramontanismus mehr, weder in Gesetzgebung noch in der Verwaltung. Alles was man gibt, wird nur als ein Kampfmittel für weitere Forderungen betrachtet.

Kannmann-Breslau sagt, daß in Bezug auf die Schule die Resolution das Mindeste, was man verlangen müsse, enthalte. Die gemischte Schule sei nicht etwas, was zu dulden sei, sondern was man allenthalben erstreben müsse. Sie sei notwendig und das bessere. Wir wollen die Kinder zu Bürgern des Staates erziehen.

Das Centrum betrachtet die konfessionelle Volksschule als Etappe für die konfessionellen höheren Schulen. Durch den Ultramontanismus stehen die wichtigsten geistigen Güter auf dem Spiele und leider stünden bei dieser Gefahr viele Gebildete gleichgültig bei Seite. Die einen meinen, es sei doch nichts zu machen, andere glauben, daß das ist ja Unfug, das wird vorübergehen. Nein, das geht ohne Kampf nicht vorüber, der Unfug spielt eine große Rolle in der Welt.

Die Resolution fünf wird einstimmig angenommen und lautet:

„Die nationalliberale Partei bekämpft alle Übergriffe des Ultramontanismus, der neuerdings unter dem Vorwande der „Paritätsbestrebungen“ eine Verletzung der Staats- und Reichsämter nach konfessionellen Gesichtspunkten erstrebt; sie bekämpft ferner alle Zugeständnisse der Regierungen an denselben im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung. Auf dem Gebiete der Volksschulgesetzgebung in Preußen tritt sie für konfessionellen Religionsunterricht ein, unter Beibehaltung der Simultanschule, da, wo sich diese geschichtlich entwickelt oder sich naturgemäß aus dem Charakter einer gemischten Bevölkerung als zweckmäßigste Form der Volksschule ergibt. Die verfassungsmäßig gewährleistete Mitwirkung der Religionsgesellschaften am Religionsunterricht ist in der Weise zu regeln, daß der Staat Herr in der Schule bleibt und jede Abhängigkeit des Lehrkörpers von der Geistlichkeit ausgeschlossen wird. Der Erlaß eines Lehrerbefolgungsgesetzes ist sofort und vor Einbringung eines allgemeinen Unterrichtsgesetzes möglich und notwendig. Die nationalliberale Partei wird bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß alle Richtungen innerhalb der evangelischen Kirche vom Staate als gleichberechtigt anerkannt und behandelt werden. Insbesondere wird sie es sich angelegen sein lassen, die Befreiung der evangelisch-theologischen Fakultäten mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu fördern.“

Ueber die sechste Resolution referieren Prof. Paasch-Meinungen und Frank-Pforzheim. Der letztere führt aus, daß sich unsere Partei der Landwirtschaft stets angenommen habe. Von der Reichsgesetzgebung sei aber, so lange die Handelsverträge beständen, nicht viel zu erreichen, wohl aber von der Landesgesetzgebung. So viel aber hier und gerade auch in Baden geschehen sei, es sei noch manches zu thun. Die Vermögenssteuer werde dem Landmann eine Erleichterung bringen, während die bisherigen Ertragssteuern ohne Abzug der Schulden ihn belasten. Im Ausbau der Nebenbahnen sei fortzufahren. Vor allem aber habe die Landwirtschaft selbst ein bedeutendes Mittel, sich zu helfen, durch die größere Aufmerksamkeit, die sie der Viehzucht zuwenden. Auch hier könnten die Einzelstaaten helfend eingreifen.

Auch diese Resolution wird in folgendem Wortlaut angenommen:

„Die nationalliberale Partei erkennt die besonders schwierige Lage, in der sich die Landwirtschaft in weiten Kreisen unseres deutschen Vaterlandes durch das Sinken der Preise fast aller ihrer Produkte befindet, vollumfänglich an. Im Hinblick auf die hohe Bedeutung, welche der Landwirtschaft im Wirtschaftsleben unseres Volkes, wie im Interesse eines gesunden Staats- und Gemeinlebens zukommt, erachtet es die Partei für eine ihrer obersten Pflichten, auf die Ueberwindung der Notlage hinzuwirken. Sie ist deshalb für die Erhaltung und Förderung der großen landwirtschaftlichen Nebengewerbe, der Brennerei und der Zuckerfabrikation, sowie für alle zweckentsprechenden Beschläge energisch eingetreten, die dem Landwirt die Möglichkeit bieten, billiger zu produzieren und vortheilhafter seine Erzeugnisse zu verwerthen. Namentlich ist darauf hinzuwirken, daß durch den Ausbau der Eisenbahnen und der Binnenwasserstraßen und durch Ermäßigung der Eisenbahntarife die Transportfrage gelöst wird, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit unserer heimischen Erzeugnisse gefördert wird. An den Forderungen, die in den fränkischen Resolutionen von 1894 aufgestellt sind, hält die Partei ferner durchaus fest und erachtet es für Pflicht der Reichsregierung und der Landesregierungen, die ihnen zu Gebote stehenden Mittel mit größtem Nachdruck zu benutzen, um eine Linderung der Not baldigst herbeizuführen.“

Bei den übrigen entpinnt sich keine wesentliche Debatte mehr. Nur daß der Referent für die letzte die dankbare Erklärung abgab, daß in die Kolonialpolitik des Reiches eine kräftige und zielbewusste Haltung gekommen sei. Wir könnten, entgegen unseren Ausführungen in Frankfurt, wo wir allen Grund hatten, unzufrieden zu sein, die Stellung der gegenwärtigen Regierung zur Kolonialpolitik nur anerkennen. Die Resolutionen lauten:

„Die nationalliberale Partei tritt ein für die Aufrechterhaltung der bewährten Reichsgoldwährung.“

Die hochgeheiligten Ansprüche an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aller Erwerbsthätigen machen eine Ausrichtung der wirtschaftlichen Kräfte in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel mit einer tüchtigen Fachbildung zur dringenden Notwendigkeit. Dem landwirtschaftlichen, gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulwesen muß deshalb nicht nur seitens der betr. Verwaltungen, sondern auch von der Gesamtheit und dem Staate eine größere Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden. Insbesondere muß der Staat größere Mittel für die Hebung des Fortbildungsschulwesens in Deutschland aufwenden und die Ausbildung geeigneter und ausreichender Lehrkräfte in die Hand nehmen.

Die nationalliberale Partei wird die Regierung auf dem eingeschlagenen Wege einer kräftigen und zielbewussten Handhabung der Kolonialpolitik unterstützen.

Mit dem Schlußwort des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Aub wird der Delegiertentag geschlossen, der nach diesen Worten beitragen möge und werde zur Kräftigung der Partei, zum Wohle des Vaterlandes.

Vom Tage.

Karlsruhe, 7. Okt.

Graf Paul von Hoenbroch und der Evangelische Bund.

In seiner Rede auf der Generalversammlung des Evangelischen Bundes zu Darmstadt hat sich Graf Paul von Hoenbroch offen zum Evangelischen Bunde bekannt. Gegenüber den deshalb wider ihn gerichteten Angriffen seitens der ultramontanen Presse erklärt er nunmehr folgende Erklärung: „Die ultramontane Presse sucht mich durch Anführung von Stellen aus meinen früheren Schriften zu diskreditieren; besonders verwendet sie eine Stelle aus einer Schrift zur Verteidigung des Jesuitenordens, in der ich den „Evangelischen Bund“ der „Verleumdung“ gegen den Jesuitenorden zeichne. Was meine Verteidigungsschriften des Jesuitenordens im allgemeinen angeht, so wiederhole ich hier die Worte, die ich in meiner ersten Erklärung: „Mein Austritt aus dem Jesuitenorden“ geschrieben habe:

Von diesen ersten Regungen an bis zu meinem Austritt habe ich ein hartes Leben geführt, schwere innere Kämpfe durchgemacht. Ich wollte dem sich regenden Widerspruch kein Gehör geben; ich wollte das Ideal, das ich erkannt zu haben glaubte, nicht als Irrtum fallen lassen; ich wollte mich und mein Urteil ins Unrecht setzen. — Unerbittlich für mich selbst, für meine eigenen Gefühle, für mein eigenes Licht, suchte ich am päpstlichsten zu thun; diejenigen asthetischen Mittel und Maßregeln, die mir am meisten zuwider waren, wandte ich am tüchtigsten auf mich an; die spontansten und drängendsten Ausprägungen meines Urteils suchte ich am energischsten zu unterdrücken: mein Geist und mein Empfinden sollte — das war mein aufrichtigster Wille — vom Geist und dem Empfinden des Jesuitenordens erfüllt, mit ihm assimilirt werden. 13 Jahre führte ich diesen Kampf gegen meine innerer stärker sich regende eigene Ueberzeugung. — Unter gewöhnlichen Verhältnissen hätte die Entscheidung wohl nicht so lange auf sich warten lassen. Die Ausnahmestellung jedoch, die der Jesuitenorden zur Zeit meines Eintritts einnahm und noch einnimmt, seine Verfolgung auf allen Seiten, die Verleumdungen, die gegen ihn und seine Mitglieder ausgeübt wurden, dies alles wirkte in sehr bedeutender Weise mit, ich, trotz des inneren Gegensatzes zu ihm, immer wieder aufs neue für ihn einzunehmen; mich immer wieder aufs neue den Versuch machen zu lassen, ihm nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich anzugehören. Ich fühlte mich persönlich verletzt durch die ungerechten Angriffe gegen den Orden. — Unter vielen und großen Opfern hatte ich mich ihm angegeschlossen, unter schweren inneren Kämpfen suchte ich an ihm festzuhalten; das empörte es mich doppelt, diese Genossenschaft, der ich meine Persönlichkeit hingegeben hatte, als nichtswürdig und schlecht dargestellt zu sehen. Meine Ehre war engagiert, das verletzte Unschuldsgesühl, die Enttäuschung über erlittenes Unrecht kam mir als Bundesgenosse zu Hilfe bei dem Bestreben, den Widerstand gegen das jesuitische System in eigenen Herzen energisch zu brechen. — Aus dieser Stimmung heraus wurde ich zum Verteidiger des Ordens. Ich schrieb die betreffenden Schriften mit ganzer Hingabe an die Sache. Ich brauchte nicht zu heucheln, nicht eine Enttäuschung zur Schau zu tragen, die ich nicht fühlte. Die Gegner und die Anklagen, gegen die ich mich wandte, konnte ich mit voller Ueberzeugung angehen: es war die Unwahrheit, die ich bekämpfte, die Verleumdung, die ich aufdecken wollte.“

Wer es nicht versteht, daß auf diesem Grund Verteidigungsschriften entstehen können für eine Sache, die man später preisgeben muß, der weiß nichts von schweren Seelenkämpfen, nichts von der ungeheuren Macht der Familienüberlieferungen und Er-

Der Zar in Paris.

Paris, 6. Okt.

Ueber den Einzug des Zaren wird uns noch berichtet: Als der Zug mit dem Kaiser und der Kaiserin von Russland, sowie dem Präsidenten Faure in dem Bahnhof einführte, schlugen die Trommeln Marsch und die Truppen präsentierten. Die auf dem Bahnhofs-Annefehenden schwenkten die Hüte und es ertönten die Rufe: Hoch lebe der Zar! Es lebe die Republik! Kaiser Nikolaus grüßte militärisch, die Kaiserin verbeugte sich huldvollst und Präsident Faure grüßte mit dem Hute. Jemand ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen. Der Kaiser trug die Obersten-Uniform der russischen Jäger, auf der Brust den Großorden der Ehrenlegion. Im Augenblicke der Ankunft wurde auf dem Mont Valerien 101 Kanonenschüsse gelöst. Auf dem Anlaufbahnsteig hatten sich aufgestellt: die Mitglieder der russischen Botschaft, die Minister, die Bureauz der beiden Kammern, das Bureau des Gemeinderates, Erzbischof Richard von Paris, General Dabouch und General Caussier. Nach der Vorstellung, welche in einem prächtigen, besonders zu diesem Zwecke hergerichteten Salon stattfand, begaben der Kaiser, welcher zur Rechten des Präsidenten Faure schritt, und die Kaiserin, welcher Präsident Faure den Arm gereicht hatte, sich auf den Anlaufbahnsteig zurück, wo der Kaiser die Front der von der Garde Republicaine gestellten Ehrenkompanie abschrift. Nachdem die Wagen betreten waren, setzte sich der Zug unter den brausenenden Hurraufen der Menge, welche den Kaiser und die Kaiserin und den Präsidenten Faure mit Blumen begrüßte, in Bewegung. Der Zug fuhr um den Triumphbogen und bog in die Champs Elysees ein. Der Platz am Triumphbogen war mit Menschen überfüllt. Die Champs Elysees bot einen wunderbaren Anblick. Die Menge, welche hinter den Polizisten und den präsentierenden Truppen stand, rief: Es lebe der Zar! Es lebe der Kaiser! Es lebe die Republik! Es lebe Faure! und schwenkten Arme und Hüte.

Der Kaiserin wurde besonders lebhaft zugeworfen. Auf dem ganzen Wege bis zur russischen Botschaft war eine ungeheure Menschenmenge versammelt. Auf jedem Baum, auf jedem Kanndelaber hingen wahre Kränze von Menschen, welche Weisheit jubelten. Die Place de la Concorde war von Tausenden überfüllt. Sogar die Fontainen waren trotz der Gefahr des Durchschne-

werdens mit Menschen dicht besetzt und ertönten die oben angeführten Rufe.

Das Frühstück in der russischen Botschaft war um 1 Uhr beendet. Um 1 1/2 Uhr traf die Gemahlin des Präsidenten und Frau Faure ohne Eskorte in der russischen Botschaft ein und verweilten etwa 1/2 Stunde dort. Nach ihrem Fortgange begaben sich der Kaiser und die Kaiserin von Russland um 2 Uhr in einem Wagen à la Daumont, welcher von Trägern und Kiraassieren begleitet wurde, nach der russischen Kirche. In dem Wagen befand sich auf dem dem Sitze des kaiserlichen Paares gegenüberliegenden Sitze ein prachtvoller Korb mit Rosen. Von allen Seiten wurden die Majestäten mit enthusiastischen Rufen: „Es lebe Russland! Es lebe der Kaiser! Es lebe die Kaiserin!“ begrüßt. Der Kaiser dankte in militärischer Weise, während die Kaiserin sich huldvoll verneigte. Die Wagen, in denen sich das kaiserliche Gesolge befand, wurden von Dragonern begleitet. Der russische Botschafter, dessen Gemahlin, sowie die Mitglieder der russischen Botschaft hatten vor dem russischen Kaiserpaar die Botschaft verlassen.

Die Ankunft des kaiserlichen Wagenzuges bei der russischen Kirche, welche von einer zahlreichen Menschenmenge umdrängt wurde, erfolgte kurz nach 1/2 Uhr. Nach der Ankunft schauten die à la Daumont bespannten Herde des kaiserlichen Wagens und verwickelten sich mit den Weinen in den Straßen. Der Wagen stieß gegen einen Pfahl; das Gesicht der Kaiserin wurde von Baumzweigen getroffen. Beim Verlassen der Kirche konnte sich der Wagenzug nur mit Mühe neu bilden. Unter der Menge wurde sehr stark gedrängt. Es werden mehrere Zwischenfälle bekannt, die in dem Augenblicke des Eintreffens des Kaiserpaars sich ereigneten. Mehrere Personen fielen von den Wägen, auf die sie gesiegen waren. Einige Frauen fielen in Ohnmacht, hauptsächlich an den Zugängen zur russischen Botschaft, wo die Menge sich staut.

Nach dem Verlassen der Kirche kehrte die Kaiserin um 3 Uhr 15 Min. nach der russischen Botschaft zurück, wo sie den Besuch von Mad. Carnot empfing. Der Kaiser begab sich nach dem Einzug aus dem Elysees um 4 Uhr begab sich der Kaiser zu den Präsidenten der Kammer und des Senats Drifflin und Loubet und gab daselbst seine Karte ab. — Das Wetter ist wunderbar schön. Als der Kaiser um 4 1/2 Uhr in die russische Botschaft zurückkehrte, waren dort der Ministerpräsident Melme, die Präsidenten

des Senats und der Deputiertenkammer Loubet und Drifflin, der Erzbischof von Paris Kardinal Richard, der päpstliche Nuntius und sämtliche Mitglieder des diplomatischen Korps bereits versammelt, welche sogleich vom Kaiser empfangen wurden, wobei der Nuntius die Vorstellung der einzelnen diplomatischen Persönlichkeiten übernahm. Um 5 Uhr empfing Kaiser Nikolaus den englischen Gesandten Lord Tufferin, sowie den dänischen Gesandten Grafen Wolke-Dovstfeldt und den griechischen Gesandten Delmannis als die Vertreter verwanter Höfe in Spezialaudienz.

Verchiedenes.

— Kein Weltuntergang! Professor Wilhelm Förster in Berlin veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ einen Artikel über die Weltuntergangsprophetie für 1899, worin es heißt: Auf Grund unvorsichtiger, ungenauer, vielleicht auch mißverständlich entstellter Äußerungen von wissenschaftlicher Seite verbreitet sich seit einiger Zeit in weiten Kreisen die Vorstellung, daß für 1899 die Gefahr des sogenannten Weltuntergangs bevorstehe. Dieser Wahn stütze sich darauf, daß im November 1899 die Wiederkehr des Zusammenstreffens der Erde mit einem ziemlich dichten Schwarm kleiner Himmelskörper bevorstehe, wie dies bereits im November 1866 und vorher 1833, 1799 u. stattfand. Niemand sei dabei eine Beschädigung der Erdoberfläche erfolgt und nach allen Erfahrungen liege bei der Vorausage eines solchen Phänomens nicht der leiseste Anlaß zur Besorgnis irgend einer Gefahr vor. Allerdings bewege sich, wie bereits 1866 wahrgenommen, in derselben Bahn, wie die angeführten Himmelskörper, auch ein Komet, welcher damals 2 Monate später, nämlich im Januar 1867, die Erdoberfläche durchkreuzen sollte, zu einer Zeit, wo die Erde schon viele Millionen Kilometer von dem Kreuzungspunkte der Bahn sich entfernt befand. 1899 werde der Abstand der Erde von diesem Kreuzungspunkte noch größer sein: selbst aber, wenn ein Zusammenstreffen mit diesem Kometen einmal erfolgen sollte, würde die Wirkung eines solchen Zusammenstreffens diejenige eines mächtigen Gewitters oder eines Wirbelsturmes, wie sie alljährlich vorkommen, lange nicht erreichen, sodaß wirklich kein Grund für die Besorgnis vorliegt, vor solchen Dingen jahrelang Furcht zu hegen. Jedemfalls ist auch nicht der leiseste Grund vorhanden, auf das Jahr 1899 mit irgend welchen Bangen obiger Art zu blicken.

ziehung, nichts von dem starren Bann, in den der Ultramontanismus ...

Der Jar in Frankreich.

„Ohne Zwischenfall“ ist bisher der Jarenbesuch in Frankreich ...

Paris, 6. Okt.

Man ist sich hier darüber klar, daß bei der Ankunft des russischen Kaiserpaars in Cherbourg ...

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Okt. Die Nordd. Allg. Ztg. veröffentlicht über das Ausschreiben Dr. Schröder's aus dem Kolonialrat ...

Berlin, 6. Okt. Jm Nachfolger des Municipalitäts-Präsidenten in Apia, Schmidt, ist, seitdem die Vertragsmächte sich über die Besetzung dieses Postens wieder durch einen Deutschen geeinigt haben, der Regierungsrath Dr. Kassel in Dar-es-Salaam in Aussicht genommen.

Berlin, 6. Okt. Die Vertreter der streikenden Gasarbeiter nahmen heute den Einigungsvorschlag des Gewerbegerichtes an, wonach die 15stündige Sonntagsruhe ...

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. Okt. Ein Communiqué des Klubs der Vereinigten deutschen Linken besagt: Eine eingehende Aussprache über die schwebenden Fragen zeigte, daß im Schoße des Klubs keineswegs solche Meinungsverschiedenheiten über die einzuhaltende Politik vorhanden sind, daß die Einheit des Klubs irgendwie gefährdet wäre.

Wien, 6. Okt. Das Abgeordnetenhaus nahm heute einen Eringlichkeitsantrag bezugl. die Zeugnispflicht der Abgeordneten, welche der Antragsteller als mit der Immunität unvereinbar bezeichnete.

Wien, 6. Okt. Die Maßregel der Entlassung derjenigen streikenden Arbeiter der Staatsbahngesellschaft, die heute die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, hat keine Entscheidung im

Streit herbeigeführt; er dauert ungebrochen fort und gewinnt größere Ausdehnung.

Wien, 6. Okt.

Der Herausgeber der „Karolner Listy“ in Prag, Julius Gregar, ist, wie schon kurz gemeldet, gestern gestorben. Er war am 19. Dezember 1831 in Bresthrad bei Königgrätz geboren.

Walfanghelmsel.

Athen, 6. Okt. Eine Depesche der „Aly“ aus Larissa meldet, daß Sonntag Nacht an der griechisch-türkischen Grenze bei dem Posten von Sagra Kerassia in der Nähe von Kalabaka ein Konflikt zwischen griechischen und türkischen Soldaten ausgebrochen sei.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Okt. Der Finanzminister hat heute Nachmittag im Folketing den Budgetentwurf pro 1897/98 vorgelegt.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 7. Okt. Wahrscheinlich ist der Eifer, mit dem die Oppositionspresse fortwährend in dem Kassenscheck des Verlags der „Bad. Landesztg.“ herumschleudert ...

Offenburg, 6. Okt.

Die Sparkasse angelegenheit, die in den letzten Wochen, ja Monaten, dem hiesigen ultramontanen Blatt unerschöpflichen Stoff zu immer wiederholten Angriffen auf den Verwaltungsrat geliefert hatte und vor einigen Wochen auch von sozialdemokratischer Seite behandelt worden war, erschien gestern Abend in einer vom Volksverein veranstalteten Versammlung in demokratisch-freier Beleuchtung.

verantwortung trage, andererseits das meiste zur Verbesserung der Sparkassenverwaltung gethan habe und in der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Thätigkeit hier gewichtige milde Umstände auf seiner Seite habe.

Das Kasino für die hierher zu legenden Garnison wird nach eingetrossenen offiziellen Nachrichten am Ende der Stadt in der Richtung nach Sulz auf dem sogenannten Stumpfen Lände erbaut werden.

Schaffhausen, 5. Okt. Heute Vormittag erregte sich im hiesigen Petroleumlager Keller ein Unglücksfall, der allseits zur Warnung dienen kann.

Badischer Sängertag in Konstanz.

Konstanz, 5. Okt. Unsere Bodenfeststadt war dieses Jahr ausserordentlich für die Hauptversammlung des Bad. Sängerbundes, der Generalstab des Bundes, sein Haupt- und der Musikantstab sowie eine Reihe von Delegierten trafen bereits am Samstag hier ein und vereinigten sich abends mit den Sängern und Sangesfreunden der Konstanzer Bundesvereine zum Festbankett im schönen Juleffsaal.

